

# **Unterlagen zur Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderung**

**Aktualisierung September 2024**

erstellt durch die  
Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung

## Wichtiger Hinweis zur Unterlage

In der Unterlage zur Rückversicherung sind alle Regelungen und Verwaltungsabläufe zusammengestellt die **vor** der Aufnahme eines Arbeitsversuchs zu berücksichtigen sind. Umfasst sind die Leistungen der Wiener Mindestsicherung, der erhöhten Familienbeihilfe, der Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension sowie der Waisenpension. Ebenfalls beschrieben ist, was zu beachten ist, wenn Personen einer Tagesstruktur einen Arbeitsversuch starten möchten.

Die Unterlagen dienen der Information und Hilfestellung sie ersetzen aber nicht die notwendige Kommunikation mit den zuständigen Behörden! Die Koordinationsstelle ist bemüht die Unterlagen so aktuell wie möglich zu halten und arbeitet hierfür mit den zuständigen Ansprechpartner\_innen in den Behörden zusammen. Darüber hinaus übernimmt sie **keine Gewähr für die Vollständigkeit und Aktualität** aller enthaltener Informationen.

## Vorwort zur vorliegenden Auflage

Die Originalunterlage aus dem Jahr 2006 wurde regelmäßig von der Koordinationsstelle Jugend- Bildung- Beschäftigung aktualisiert.

Gemeinsam mit den zuständigen Personen wurden 2016 alle Vereinbarungen bezüglich der Rückversicherung bestehender finanzieller Leistungen für Menschen mit Behinderung für die Dauer eines Arbeitsversuchs erneut überprüft und der aktuellen Gesetzeslage angepasst. Die Ansprechpersonen in den einzelnen Institutionen werden am Ende der jeweiligen Kapitel genannt. Eine Überprüfung der Unterlage und Aktualisierung findet jährlich, zuletzt 2023, statt.

Für die Wiener Beratungs-, Begleitungs- und Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung stehen der **Integrationsfachdienst Jobwärts von Jugend am Werk**, das **Elternnetzwerk von Integration Wien** und die **Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung** bei besonders schwierigen Fällen für Rückfragen zur Verfügung:

### **Integration Wien - Elternnetzwerk**

Ansprechpartnerin: Mag<sup>a</sup>. Waltraud Engl

1150 Wien, Tannhäuserplatz 2/1

Tel.: 01 – 789 26 42-19

email: [waltraud.engl@integrationwien.at](mailto:waltraud.engl@integrationwien.at) <http://www.integrationwien.at>

### **Jugend am Werk Begleitung von Menschen mit Behinderung GmbH Berufliche Integration**

Ansprechpartner: Bernhard Ludvicek

1020 Wien, Obere Donaustraße 21, Stiege 3, 1. Obergeschoß

Tel.: 01 – 271 44 57-38

email: [bernhard.ludvicek@jaw.at](mailto:bernhard.ludvicek@jaw.at)

<http://www.jaw.at/home/begleitung/beruflicheintegration/31/Integrationsfachdienst---Jobwaerts>

### **Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung**

Ansprechpartnerin: Mag<sup>a</sup>. Christina Tsohohey

1120 Wien, Lehrbachgasse 18

Tel.: 0699 14012228

email: [koordinationsstelle@wuk.at](mailto:koordinationsstelle@wuk.at) [www.koordinationsstelle.at](http://www.koordinationsstelle.at)

## **Inhalt**

<b>WICHTIGER HINWEIS ZUR UNTERLAGE</b>	<b>2</b>
<b>VORWORT ZUR VORLIEGENDEN AUFLAGE</b>	<b>3</b>
<b>VORWORT</b>	<b>6</b>
<b>DEFINITION ARBEITSVERSUCH</b>	<b>7</b>
<b>1. MINDESTSICHERUNG</b>	<b>8</b>
1.1. ALLGEMEINES	8
1.2. EMPFEHLUNGEN BEI ERSTBEANTRAGUNG DER MINDESTSICHERUNG	9
1.3. VORGANGSWEISE ARBEITSVERSUCH MINDESTSICHERUNG	11
1.4. ÄNDERUNGEN	12
1.5. ARBEITSVERSUCH OHNE INTEGRATIONSBEGLEITUNG	13
1.6. JUGENDLICHE / JUNGE ERWACHSENE	13
1.7. NICHT-ÖSTERREICHISCHE STAATSBÜRGERINNEN UND STAATSBÜRGER	13
1.8. DAUERLEISTUNG UND BEHINDERTENZUSCHLAG (§ 8 Abs. 5 WMG)	14
1.9. INFORMATIONSBLETT RÜCKVERSICHERUNG	15
1.10. INFORMATIONEN ZUM BESCHÄFTIGUNGSBONUS/FREIBETRAG	16
<b>2. PENSIONSBEZUG</b>	<b>17</b>
2.1. INVALIDITÄTS- UND BERUFSUNFÄHIGKEITSPENSION FÜR PERSONEN GEBOREN AB 01.01.1964	17
2.2. BEGRIFF DER INVALIDITÄT BZW. BERUFSUNFÄHIGKEIT	17
2.3. REHABILITATION	19
2.4. BEFRISTUNG (GILT NUR MEHR FÜR PERSONEN, DIE BIS 31.12.1963 GEBOREN WURDEN)	21
2.5. ARBEITSVERSUCH UND PENSIONSBEZUG	21
2.6. VERFAHREN BEI DER DURCHFÜHRUNG VON ARBEITSVERSUCHEN	23
2.7. WAISENPENSION	23
2.8. VORGANGSWEISE ARBEITSVERSUCH UND WAISENPENSIONSBEZUG	24
2.9. ANSPRECHPARTNER FÜR PROBLEMFÄLLE	25
<b>3. FAMILIENBEIHLIFE</b>	<b>26</b>

Die Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung wird beauftragt und finanziert durch:



---

<b>3.1. ALLGEMEINES ZUR FAMILIENBEIHILFE</b>	<b>26</b>
<b>3.2. ALLGEMEINES ZUR ERHÖHTEN FAMILIENBEIHILFE</b>	<b>26</b>
<b>3.3. ZUVERDIENSTMÖGLICHKEITEN</b>	<b>28</b>
<b>3.4. VORGANGSWEISE ARBEITSVERSUCH UND BEZUG DER ERHÖHTEN FAMILIENBEIHILFE</b>	<b>29</b>
<b>3.5. ANSPRECHSTELLE FÜR PROBLEMFÄLLE</b>	<b>30</b>
<b>4. LEISTUNGEN DES FSW</b>	<b>31</b>
<hr/>	
<b>4.1. TAGESSTRUKTUR NACH § 9 CHANCENGLEICHHEITSGESETZ WIEN</b>	<b>31</b>
<b>4.1.1. (GERINGFÜGIGE) BESCHÄFTIGUNG UND TAGESSTRUKTUR</b>	<b>31</b>
<b>4.1.2. VOLLBETREUTES WOHNEN, (GERINGFÜGIGE) BESCHÄFTIGUNG UND TAGESSTRUKTUR</b>	<b>32</b>
<b>5. FORMULARE</b>	<b>33</b>
<hr/>	
<b>FORMULAR 1_DL_TRÄGER</b>	<b>34</b>
<b>FORMULAR 2_DL_BETROFFENE</b>	<b>35</b>
<b>FORMULAR 3_DL_ÄNDERUNGEN</b>	<b>36</b>
<b>FORMULAR 4_PVA_ARBEITSVERSUCH</b>	<b>37</b>
<b>FORMULAR 5_PVA_FIRMENBESTÄTIGUNG</b>	<b>38</b>
<b>FORMULAR 6_EFB_ABMELDUNG</b>	<b>39</b>

---

Die Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung wird beauftragt und finanziert durch:



## Vorwort

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Arbeitswelt ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Ziel, daher kommt der beruflichen Erstintegration nach Beendigung der schulischen Ausbildung eine besondere Bedeutung zu. Gerade an solchen Übergängen sind aber auch die Rahmenbedingungen und die Koordination aller Akteure sehr wichtige Faktoren. Etwa die Klärung der Frage, ob und inwieweit Leistungen der Grundsicherung (wie die Mindestsicherung) oder Transferleistungen (wie die erhöhte Familienbeihilfe) beim Scheitern eines Integrationsversuches auf dem ersten Arbeitsmarkt wiederaufleben können, ist im Einzelfall oft von entscheidender existentieller Bedeutung und damit eine Grundvoraussetzung für die individuelle Entscheidung, eine berufliche Integration anzustreben.

Bereits im Jahr 2001 wurde daher der „Arbeitskreis Rückversicherung“ gegründet, in dessen Rahmen Vertretungen des Landes Wien (FSW), des AMS Wien, der Pensionsversicherungsträger und der Finanzverwaltung unter Koordination der Landesstelle Wien des Sozialministeriumservice Regelungen und Verwaltungsabläufe entwickelten, die ein Wiedererlangen der Leistungen bei Scheitern eines Arbeitsversuches bei Einhaltung definierter Vorgehensweisen sicherstellten.

Auf Grund der gesetzlichen Anpassungen im Rahmen des Familienlastenausgleichsgesetzes betreffend die erhöhte Familienbeihilfe und des ASVG betreffend die Waisenpension wurde der Arbeitskreis 2015 wieder einberufen und die vorliegende Unterlage aktualisiert.

Auf Grund mehrerer gesetzlicher Veränderungen des Wiener Mindestsicherungsgesetzes wurde entsprechender Teil ebenfalls jeweils aktualisiert.

## Definition Arbeitsversuch

Der Arbeitskreis Rückversicherung definiert einen Arbeitsversuch wie folgt:

Versuch der Integration oder Reintegration einer Person mit erheblicher Behinderung (im körperlichen, geistigen oder psychischen Bereich bzw. in der Sinneswahrnehmung) in das Erwerbsleben durch Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses. Eine Integrationsbegleitung ist für einen Arbeitsversuch nicht zwingend notwendig, wird aber empfohlen. Als Integrationsbegleitung gelten alle Beratungs-, Begleitungs- und Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung (z.B. Beratungsstellen, Arbeitsassistenzen, Tagesstrukturierende Maßnahmen, etc.). Alle diese Einrichtungen können einen Arbeitsversuch begleiten.

**Scheitert der Arbeitsversuch** sollten der betroffenen Person, soweit die Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind, die vorher erhaltenen Leistungen wie beispielweise

- erhöhte Familienbeihilfe
  - Pensionsleistung (bspw. Waisenpension)
  - Mindestsicherung
- wiedergewährt werden.

Es gibt keine generelle **Obergrenze für die Dauer** eines Arbeitsversuches.

## 1. MINDESTSICHERUNG

### 1.1. Allgemeines

Die Mindestsicherung ist eine Sozialleistung des österreichischen Staates, die von der Bundesregierung zur Bekämpfung von Armut eingesetzt wird. Das im Mai 2019 beschlossene Sozialhilfe-Grundsatzgesetz des Bundes wurde in Wien nur in einzelnen Punkten umgesetzt, daher ist hier die geltende Rechtsgrundlage nach wie vor das Wiener Mindestsicherungsgesetz (WMG), aktuell in der novellierten Fassung vom 05.03.2024.



Magistrat der Stadt Wien  
Magistratsabteilung 40  
Soziales, Sozial- und  
Gesundheitsrecht  
Gruppe Qualitätssicherung  
Sozialarbeit und Arbeitsintegration  
WMS  
Thomas-Kleist-Platz 8  
A-1030 Wien  
Tel: (+43 1) 4000/40621  
Fax: (+43 1) 4000-99-40619  
E-Mail: [sozialarbeit.gs@ma40.wien.gv.at](mailto:sozialarbeit.gs@ma40.wien.gv.at)  
[www.soziales.wien.at](http://www.soziales.wien.at)

Die Wiener Mindestsicherung ist für Personen vorgesehen, die über keine angemessenen finanziellen Mittel verfügen, um ihren Lebensunterhalt bzw. den ihrer Angehörigen ausreichend decken zu können.

Für Personen, **die eine oder mehrere** der nachstehenden Voraussetzungen erfüllen:

- das Regelpensionsalter gemäß ASVG erreicht haben,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben und auf Dauer arbeitsunfähig sind,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben und länger als 2 Jahre arbeitsunfähig sind (ununterbrochene Arbeitsunfähigkeiten aus mehreren aufeinander folgenden Gutachten zusammengezählt) für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben und Pflegegeld ab Stufe 4 beziehen,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben, keine Schul- oder Berufsausbildung absolvieren und (Halb-)Waisenpension beziehen,
- vor dem 01.01.1964 geboren wurden und für die Dauer von mindestens sechs Monaten arbeitsunfähig sind,

sieht das Wiener Mindestsicherungsgesetz eine Leistung vor, die zur besseren Unterscheidbarkeit zur monatlich (12 Mal) ausbezahlten Mindestsicherungsleistung weiterhin als „Dauerleistung“ (abgekürzt DL) bezeichnet wird.

Die Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung wird beauftragt und finanziert durch:





- das 18. Lebensjahr vollendet haben und auf Dauer arbeitsunfähig sind,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben und länger als 2 Jahre arbeitsunfähig sind (ununterbrochene Arbeitsunfähigkeiten aus mehreren aufeinander folgenden Gutachten zusammengezählt) für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben und Pflegegeld ab Stufe 4 beziehen,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben, keine Schul- oder Berufsausbildung absolvieren und (Halb-)Waisenpension beziehen oder
- vor dem 01.01.1964 geboren wurden und für die Dauer von mindestens sechs Monaten arbeitsunfähig sind.

Es empfiehlt sich daher bereits bei der Beantragung der Mindestsicherung Unterlagen beizulegen, die auf Arbeitsunfähigkeit hinweisen (da ansonsten eine Aufforderung zur Meldung beim AMS ergeht), z.B.

- Mitteilung über den Bezug von erhöhter Familienbeihilfe
- Pflegegeld-Bescheid (ab Stufe 4 keine Begutachtung der Arbeitsfähigkeit erforderlich)
- (Halb-) Waisenpensionsbescheid (keine Begutachtung der Arbeitsfähigkeit erforderlich)
- Förderbewilligung des FSW (z.B. für Tagesstruktur)
- Gutachten des Sozialministeriumservice
- Diagnosen, Arztbriefe oder dergleichen

Sollte der Erstantrag persönlich im Sozialzentrum abgegeben werden, können bei einem Gespräch in der Servicezone die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine vorliegende Behinderung gleich hingewiesen und die weitere Vorgehensweise thematisiert werden (z.B. Nachreichen von Unterlagen, Einleitung einer Begutachtung).

Bei Antragstellung ist zu beachten, dass im Antrag zumindest folgende Kriterien erfüllt sein müssen, damit er formal als solcher und unter Berücksichtigung des Antragsdatums gilt:

- Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers: Ist ab 1.3.2024 nur noch zwingend bei Lebensgemeinschaften (Unterschrift beider

Antragsteller\_innen) erforderlich bzw. wird nur bei Zweifeln an der Identität bei alleiniger Antragstellung nachgefordert.

- Vorlage eines Lichtbildausweises der Antragstellerin/des Antragstellers

Auf Anfrage wird an der Rezeption des Sozialzentrums eine Abgabebestätigung ausgestellt, bei elektronischer Antragstellung

<https://www.wien.gv.at/amtshelfer/gesundheit/gesundheitsrecht/sozialhilfe/mindestsicherung.html> wird eine automatische Eingangsbestätigung (unter Anführung der mitgeschickten Unterlagen) übermittelt, wenn eine Mailadresse angegeben wurde.

Bei Beantragung per Post gilt das Datum des Poststempels für die Antragstellung, bei elektronischer Antragstellung das Datum des Einlangens bei der Behörde. Um fehlende Unterlagen auf kurzem Wege (innerhalb von 5 Werktagen) zu erhalten, wird seitens des Sozialzentrums im 1. Schritt telefonisch, per Web-SMS oder per E-Mail Kontakt aufgenommen. Ist diese Vorgangsweise nicht möglich oder ergebnislos, so werden die fehlenden Daten oder Unterlagen mit schriftlicher Aufforderung per Post nachgefordert.

### **1.3. Vorgangsweise Arbeitsversuch Mindestsicherung**

- Bekanntgabe des Arbeitsversuches (vor Dienstbeginn):

Die Arbeitsintegration eines Menschen mit Behinderung wird meist von einer Fachperson einer Integrationsbegleitung betreut, jedoch ist diese Begleitung nicht zwingende Voraussetzung (siehe auch 1.5.).

Wichtig ist, **alle Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen sofort im zuständigen Sozialzentrum zu melden**, insbesondere um welche **Art der Arbeitsaufnahme** es sich handelt (z.B. Vorlage des Dienstvertrags, Werkvertrags, etc.), unter **Angabe des Beschäftigungsausmaßes** (Wochenstunden) und wie hoch das **Einkommen** ist. Im Anhang sind Formulare zu finden, die die Kommunikation erleichtern und den/die Antragstellende/n unterstützen. Es ist allerdings nicht zwingend verpflichtend, diese zu verwenden.

Die Integrationsbegleitung (oder die Person selbst) gibt den Beginn des Arbeitsversuches und das zu erwartende Einkommen bekannt. Für die Dauer des Arbeitsversuches gibt es keine Befristung.

- Weitergewährung der Mindestsicherung/Dauerleistung:

Trotz Arbeitsaufnahme wird die Leistung weiter gewährt, wobei das Nettoeinkommen aus der Beschäftigung von der Mindestsicherung in Abzug gebracht wird. Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) aus eigener Erwerbstätigkeit sind von der Anrechnung ausgenommen (= **Beschäftigungsbonus/Freibetrag** – siehe Kapitel 1.9).

Der Anspruch auf Mindestsicherung besteht während und auch nach Beendigung des Arbeitsversuches weiter, sofern das (Familien-)Einkommen unter dem jeweiligen Mindeststandard liegt. Liegt bereits ein Nachweis über eine unbefristete Arbeitsunfähigkeit vor, ist weder vor noch nach dem Arbeitsversuch eine weitere Begutachtung erforderlich. Bei befristeter Arbeitsunfähigkeit wird – unabhängig vom Arbeitsversuch – eine neuerliche Begutachtung erst bei Ablauf der Befristung veranlasst.

#### **1.4. Änderungen**

Die Betroffenen bzw. die Integrationsbegleitung haben jede Änderung der Verhältnisse, d.h. insbesondere die Änderung der Höhe des Nettoeinkommens, unverzüglich dem Sozialzentrum anzuzeigen, da sich dadurch die Höhe der zuerkannten Leistung ändert. Dies erfolgt mittels Vorlage des Lohnzettels oder Kontoauszugs, auch mittels Formblatt (Formular 3) unter Beilage des Lohnzettels oder Kontoauszugs.

#### Beendigung des Arbeitsverhältnisses:

Hat die betroffene Person nach Beendigung des Arbeitsversuches eine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld erworben, so muss die Leistung beim Arbeitsmarktservice (AMS) geltend gemacht werden und wird als Einkommen bei der Mindestsicherungsberechnung in Abzug gebracht.

## **1.5. Arbeitsversuch ohne Integrationsbegleitung**

Grundsätzlich ist ein Arbeitsversuch unter Weiterbezug der Mindestsicherungsleistung nicht an die Begleitung durch eine Integrationsbegleitung gebunden und in manchen Fällen (kurzzeitige/einmalige/sporadische Arbeitsversuche, z.T. auch auf Werkvertragsbasis) inhaltlich auch nicht erforderlich. In diesem Fall muss die betroffene Person selbst unverzüglich die Arbeitsaufnahme im Sozialzentrum melden, nach Vorliegen die Einkommensbelege (Nettoverdienst, Honorarnote) übermitteln und jegliche mit der Beschäftigung in Zusammenhang stehende Veränderung bekannt geben.

Bei Beschäftigung auf Werkvertragsbasis wird kein Beschäftigungsbonus gewährt. Ansonsten gelten die gleichen Bestimmungen wie bei Arbeitsversuchen mit Begleitung der Integrationsbegleitung.

## **1.6. Jugendliche / junge Erwachsene**

Für Jugendliche mit Behinderung, die vor Erreichen der Volljährigkeit einen Arbeitsversuch begonnen haben, diesen bei Erreichung der Volljährigkeit noch immer fortsetzen und nun erstmalig bzw. erstmalig ohne Eltern-/Großeltern(teile) Mindestsicherung beantragen, gilt Folgendes, wenn seit Beginn des Arbeitsversuchs eine Integrationsbegleitung besteht: Bei Erstantragstellung (mit Erreichen der Volljährigkeit möglich) wird vom zuständigen Sozialzentrum eine Begutachtung der Arbeitsfähigkeit veranlasst. Diese entfällt, wenn Pflegegeld ab Stufe 4 oder (Halb)Waisenpension (ohne vorliegender Schul- oder Berufsausbildung) bezogen wird.

Bei dauerhafter Arbeitsunfähigkeit wird eine Dauerleistung zuerkannt, bei befristeter Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitsfähigkeit eine normale Mindestsicherungsleistung (12 Mal) – beides unter Anrechnung des Nettoeinkommens.

Für Jugendliche mit Behinderung, die vor Erreichung der Volljährigkeit einen Arbeitsversuch begonnen haben, diesen bei Erreichung der Volljährigkeit noch immer fortsetzen und nun erstmalig bzw. erstmalig ohne Eltern-/Großeltern(teile)

Mindestsicherung beantragen, jedoch keine Integrationsbegleitung besteht, gilt Folgendes: Bei Bezug von Pflegegeld ab Stufe 4 oder (Halb)Waisenpension (ohne vorliegender Schul- oder Berufsausbildung) wird eine Dauerleistung unter Anrechnung des Nettoeinkommens zuerkannt, ansonsten eine normale Mindestsicherungsleistung (12 Mal) unter Anrechnung des Nettoeinkommens. Eine Begutachtung der Arbeitsfähigkeit wird ggf. erst nach Beendigung des Arbeitsversuchs veranlasst, wenn der Antragsteller oder die Antragstellerin angibt, nicht arbeitsfähig zu sein.

### **1.7. Nicht-österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger**

Alle nicht-österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die zum anspruchsberechtigten Personenkreis gehören (Rechtsanspruch auf Mindestsicherung), können bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen eine Dauerleistung erhalten.

### **1.8. Dauerleistung und Behindertenzuschlag (§ 8 Abs. 5 WMG)**

Seit 1.5.2020 besteht für Personen, denen ein Behindertenpass gemäß § 40 Abs. 1 und 2 des Bundesbehindertengesetzes (BBG) ausgestellt wurde und die Mindestsicherung (Lebensunterhalt und Wohnbedarf) beziehen, Anspruch auf Behindertenzuschlag (2024: monatlich EUR 208,05). Dieser Zuschuss ist unabhängig von Arbeitsunfähigkeit oder sonstigen Kriterien für eine Dauerleistung. Die Vorlage des Behindertenpasses ist Voraussetzung für die Zuerkennung dieses Zuschlages. Besteht neben dem Behindertenzuschlag auch ein Anspruch auf Sonderzahlung (Dauerleistung), so wird in diesen Fällen der betragsmäßig höhere Behindertenzuschlag gewährt. Ein gleichzeitiger Bezug der Sonderzahlung und des Behindertenzuschlages ist nicht möglich, es besteht auch keine Wahlmöglichkeit.

## **1.9. Informationsblatt Rückversicherung**

### **Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderung (Integrationsbegleitung wird empfohlen)**

#### **Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 40**

##### **1. Bekanntgabe des Arbeitsversuches**

Beabsichtigt eine Bezieherin oder ein Bezieher einer Mindestsicherungsleistung im Rahmen der Arbeitsintegration mit einem Arbeitsversuch zu beginnen, ist dies unverzüglich dem zuständigen Sozialzentrum (des Hauptwohnsitzes) anzuzeigen. Dies kann, muss aber nicht zwingend mit dem aus der Beilage ersichtlichen Formular erfolgen. Das zuständige Sozialzentrum führt eine neue Berechnung der Leistung durch, wobei sich diese um das monatlich erzielte Einkommen vermindert.

##### **2. Bekanntgabe jeder Änderung**

Jede Veränderung der Verhältnisse des/der Betroffenen sind unverzüglich dem zuständigen Sozialzentrum bekannt zu geben. Auch dies kann, muss aber nicht zwingend mit dem aus der Beilage ersichtlichen Formular erfolgen.

Veränderungen der vorgenannten Art sind vor allem Änderungen im Familienstand (z.B. Verehelichung), der Einkommens- und Vermögensverhältnisse (z.B. Arbeitsaufnahme, Änderung der Höhe des Nettoeinkommens, Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pension, etc.) sowie sonstige Änderungen, die auf den Anspruch der zuerkannten Geldleistung von Einfluss sein könnten, wie etwa Eingehen einer Lebensgemeinschaft, Änderung der Personenanzahl im Haushalt, Änderung der Wohnadresse, Aufenthalte außerhalb Wiens, Auslandsaufenthalte, Spitals- und Kuraufenthalte, sonstige Anstaltsaufenthalte (z.B. Haft), etc.

---

## **1.10. Informationen zum Beschäftigungsbonus/Freibetrag bzw. Beschäftigungsbonus Plus/Freibetrag**

### **Beschäftigungsbonus/Freibetrag (§ 11 WMG)**

Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) aus eigener Erwerbstätigkeit werden bei der Berechnung nicht als Einkommen berücksichtigt.

### **Beschäftigungsbonus Plus/Freibetrag (§ 11a WMG)**

Gutschriften aus einer Arbeitnehmerveranlagung sind bei der Bemessung der Leistung von der Anrechnung ausgenommen.



## 2. PENSIONSBEZUG

### 2.1. Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension für Personen geboren ab 01.01.1964

Anspruch auf eine **Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension** besteht, wenn

- Invalidität/Berufsunfähigkeit auf Grund des körperlichen oder geistigen Zustandes voraussichtlich dauerhaft vorliegt,
- kein Rechtsanspruch auf zumutbare und zweckmäßige Maßnahmen berufliche Maßnahmen der Rehabilitation besteht,
- eine Mindestanzahl an Versicherungsmonaten erworben wurde (Erfüllung der Wartezeit) und
- die Voraussetzungen für eine (vorzeitige) Alterspension noch nicht erfüllt sind

Näheres kann den entsprechenden Broschüren der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) entnommen werden.

<https://www.pv.at/cdscontent/?contentid=10007.707631&portal=pvportal>

#### **Antragstellung:**

Ein Pensionsfeststellungsverfahren wird nur über Antrag durchgeführt. Ein Antrag auf eine Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension **gilt vorrangig als Antrag auf Leistungen der Rehabilitation** einschließlich des Rehabilitationsgeldes sowie auf Feststellung, ob berufliche Maßnahmen der Rehabilitation zweckmäßig und zumutbar sind, einschließlich der Feststellung des Berufsfeldes.

<https://www.pv.at/cdscontent/?contentid=10007.707756&portal=pvportal#Pensionsantrge707756>

**Grundlage für die Entscheidung, ob Invalidität/Berufsunfähigkeit vorliegt, bildet eine ärztliche Begutachtung, bei der die Leistungsfähigkeit der antragstellenden Person festgestellt wird.**

Sofern bei der Zuerkennung einer Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension festgestellt wird, dass eine Wiederbegutachtung erforderlich ist, wird dies im Bescheid angeführt.

## 2.2. Begriff der Invalidität/Berufsunfähigkeit

Als **INVALID** nach den Bestimmungen der Pensionsversicherung der Arbeiter gilt die versicherte Person, **deren Arbeitsfähigkeit** infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes **auf weniger als die Hälfte** derjenigen einer körperlich und geistig gesunden versicherten Person mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist und innerhalb der letzten 15 Jahre vor dem Stichtag in zumindest 90 Pflichtversicherungsmonaten eine erlernte (angelernte) Berufstätigkeit oder eine Erwerbstätigkeit als Angestellte/r ausgeübt wurde.

Ein angelernter Beruf liegt vor, wenn die versicherte Person eine Tätigkeit ausübt, für die es erforderlich ist, durch praktische Arbeit qualifizierte Kenntnisse oder Fähigkeiten zu erwerben, welche jenen in einem erlernten Beruf gleichzuhalten sind.

War die versicherte Person nicht überwiegend in erlernten (angelernten) Berufen tätig, gilt sie als INVALID, wenn sie infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht mehr imstande ist, **durch eine Tätigkeit**, die auf dem Arbeitsmarkt noch bewertet wird und die ihr unter billiger Berücksichtigung der von ihr ausgeübten Tätigkeiten zugemutet werden kann, wenigstens **die Hälfte des Entgeltes** zu erwerben, das eine körperlich und geistig gesunde versicherte Person regelmäßig durch eine solche Tätigkeit zu erzielen pflegt.

Als **BERUF SUNFÄHIG** nach den Bestimmungen der Pensionsversicherung der Angestellten gilt die versicherte Person, **deren Arbeitsfähigkeit** infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes auf **weniger als die Hälfte** derjenigen einer körperlich und geistig gesunden versicherten Person mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist und innerhalb der letzten 15 Jahre vor dem Stichtag in zumindest 90 Pflichtversicherungsmonaten eine Erwerbstätigkeit als Angestellte/r oder eine erlernte (angelernte) Berufstätigkeit ausgeübt wurde.

**Beachte:** Liegen zwischen Ende der Ausbildung und dem Stichtag weniger als 15 Jahre, so muss zumindest in der Hälfte der Kalendermonate („Hälfteregelung“), eine Erwerbstätigkeit in einem erlernten (angelernten) Beruf oder als Angestellte/r vorliegen. Auch bei einem verkürzten Rahmenzeitraum müssen zumindest 12 Monate einer erlernten (angelernten) Tätigkeit oder als Angestellte/r vorliegen. Liegen zwischen Ende der Ausbildung und dem Stichtag mehr als 15 Jahre, verlängert sich dieser Zeitraum um Zeiten des Wochengeldbezuges, Präsenz-/Ausbildungs-/Zivildienstes, der Kindererziehung und um Monate des Bezuges von Übergangsgeld sowie um höchstens 60 Monate des Bezuges von Rehabilitationsgeld und/oder Umschulungsgeld.

Für Arbeiter/innen und Angestellte **gelten folgende zusätzliche Bestimmungen in gleicher Weise:**

Als **INVALID/BERUFSUNFÄHIG** gelten auch versicherte Personen, die nicht überwiegend in erlernten (angelernten) Berufen bzw. als Angestellte tätig waren, wenn sie

- das 50. Lebensjahr vollendet haben,
- mindestens 12 Monate unmittelbar vor dem Stichtag arbeitslos gemeldet waren,
- mindestens 360 Versicherungsmonate, davon 240 Beitragsmonate der Pflichtversicherung auf Grund einer Erwerbstätigkeit, erworben haben und
- nur mehr Tätigkeiten mit geringstem Anforderungsprofil ausüben können und ein Arbeitsplatz – unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Beeinträchtigung in einer entsprechenden Entfernung vom Wohnort – innerhalb eines Jahres nicht erlangt werden kann.

Als **INVALID/BERUFSUNFÄHIG** gelten auch versicherte Personen, wenn sie

- das 60. Lebensjahr vollendet haben und
- infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche ihrer körperlichen oder geistigen Kräfte außer Stande sind, einer Tätigkeit, die sie in den letzten 180 Kalendermonaten vor dem Stichtag mindestens 120 Kalendermonate hindurch ausgeübt haben, nachzugehen. Dabei sind zumutbare Änderungen dieser Tätigkeit zu berücksichtigen.

Den versicherten Personen ist jedenfalls eine Tätigkeit zumutbar, für die sie unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfanges ihrer Ausbildung sowie der von ihnen bisher ausgeübten Tätigkeit durch Leistungen der beruflichen Rehabilitation mit Erfolg ausgebildet oder umgeschult worden sind.

Wurden der versicherten Person Maßnahmen der Rehabilitation gewährt, durch die das Rehabilitationsziel erreicht worden ist, so gilt sie auch als INVALID/BERUFSUNFÄHIG, wenn ihre Arbeitsfähigkeit in den Berufen, zu denen ihr die Rehabilitation befähigt hat, infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes auf weniger als die Hälfte derjenigen einer körperlich und geistig gesunden versicherten Person von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten in jedem dieser Berufe herabgesunken ist.

### **Invalidität/Berufsunfähigkeit tritt vor Vollendung des 27. Lebensjahres ein:**

Junge versicherte Personen, die vor Vollendung des 27. Lebensjahres mindestens sechs Versicherungsmonate erworben haben und nach Eintritt ins Erwerbsleben infolge eingetretener Invalidität/Berufsunfähigkeit wieder aus dem Erwerbsleben ausscheiden (verkürzte Wartezeit) können ebenfalls Anspruch auf Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension haben.

**Beachte:** Tritt Invalidität auf Grund eines Arbeitsunfalles, einer Berufskrankheit oder einer anerkannten Schädigung im Rahmen des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes ein, so entfällt die Wartezeit zur Gänze.

### **Behinderung vor Eintritt ins Berufsleben:**

Versicherte Personen gelten auch als INVALID/BERUFSUNFÄHIG, wenn sie bereits vor der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (über der Geringfügigkeitsgrenze) infolge Krankheit oder anderer körperlicher oder geistiger Gebrechen außer Stande waren, einem regelmäßigen Erwerb nachzugehen und dennoch mindestens 120 Beitragsmonate der Pflichtversicherung auf Grund einer Erwerbstätigkeit erworben haben.

### 2.3. Rehabilitation

Jeder Antrag auf Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension gilt **vorrangig** als Antrag auf Leistungen der Rehabilitation. Diese Leistungen umfassen alle Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiedergewinnung der Fähigkeit zur Berufsausübung. **Ist eine Maßnahme der Rehabilitation nicht von vornherein als völlig ausgeschlossen zu betrachten, wird die Maßnahme der Rehabilitation gewährt und zugleich der Pensionsantrag abgelehnt.**

- Gelingt die Wiederherstellung des Gesundheitszustandes durch medizinische Maßnahmen der Rehabilitation nicht bzw. verschlechtert sich der Gesundheitszustand, so ist von Amts wegen das Rehabilitationsgeld zu entziehen und eine Pensionsleistung auf Grund voraussichtlich dauerhafter Invalidität/Berufsunfähigkeit zuzusprechen.
- Ist die Rehabilitation erfolgreich und findet die versicherte Person nach Abschluss der Maßnahme keinen Arbeitsplatz, muss sie sich arbeitslos melden und bekommt vom AMS Arbeitslosengeld/Notstandshilfe oder Mindestsicherung von der MA 40.

### 2.4. Befristung (gilt nur mehr für Personen, die bis 31.12.1963 geboren wurden)

Eine Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension kann auch befristet (längstens für 2 Jahre) gewährt werden. Eine mehrmalige Befristung ist möglich, solange eine Besserung des Gesundheitszustandes oder eine erfolgreiche Rehabilitation zu erwarten ist.

### 2.5. Arbeitsversuch und Pensionsbezug

Jede Bezieherin und jeder Bezieher einer Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension ist verpflichtet, **die Aufnahme einer Beschäftigung der PVA binnen sieben Tagen** zu melden.

Da es sich beim Zusammentreffen **Pensionsbezug – Erwerbstätigkeit** um eine komplexe Materie handelt, sollte **jeder Einzelfall mit der PVA abgeklärt** werden.

**Achtung:** Die Pensionsleistung kann bei einem Arbeitsversuch für die Dauer der Beschäftigung vermindert werden oder ganz wegfallen bzw. zu einer Verminderung oder einem Wegfall einer allfällig gebührenden Ausgleichszulage führen.

### **Anrechnungsbestimmungen:**

Für Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspensionen gelten bei einem Zusammentreffen mit einem Erwerbseinkommen über der Geringfügigkeitsgrenze (Wert 2024: € 518,44) Anrechnungsbestimmungen.

Bis zu einem monatlichen Gesamteinkommen (= Summe aus Bruttopension und Erwerbseinkommen) von € 1.489,42 (Wert 2024) erfolgt keine Anrechnung.

Übersteigt das Gesamteinkommen diesen Betrag, gebührt die Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension als Teilpension. Die 100%ige Pension (ohne besonderen Steigerungsbetrag) wird dabei um einen Anrechnungsbetrag vermindert.

Dieser beträgt für Gesamteinkommensteile von  
über € 1.489,42 bis € 2.234,22.....30%  
über € 2.234,22 bis € 2.978,83.....40%  
über € 2.978,83.....50%  
der jeweiligen Einkommensteile (Werte für 2024).

Der Anrechnungsbetrag darf jedoch weder das Erwerbseinkommen noch 50% der monatlichen Bruttopension (ohne besonderen Steigerungsbetrag) übersteigen.

Eine Neufeststellung des Prozentsatzes der Teilpension erfolgt

- anlässlich der Pensionsanpassung,
- bei jeder Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit und
- über Antrag der pensionsbeziehenden Personen

Einkommenschwankungen in den einzelnen Monaten des Pensionsbezuges werden im Zuge des amtswegigen Jahresausgleiches kompensiert.

Ergibt der Jahresausgleich eine negative Bezugsdifferenz, so wird dieser „Unterschiedsbetrag“ auf die laufende Pension aufgerechnet.

## **2.6. Verfahren bei der Durchführung von Arbeitsversuchen**

Vor allem junge Menschen mit Behinderungen sollen durch verschiedene Organisationen am allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden, wobei ein dauerhafter Verbleib unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes selbst bei erfolgreichen integrativen Lehrausbildungen nicht gewährleistet werden kann.

**Bezieherinnen und Bezieher einer Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension melden daher vor der geplanten Arbeitsaufnahme (nach Arbeitsbeginn erhalten die Pensionsversicherungsträger automatisch auch eine Verständigung aus der Versicherungsdatei des Dachverbandes) der PVA formlos oder mit beiliegendem Musterbrief einen (beabsichtigten) Arbeitsversuch, wobei auf die besonderen Förderungsmaßnahmen hingewiesen werden soll.** Damit kann der Arbeitsversuch bzw. ein integratives Beschäftigungsverhältnis bereits von einem herkömmlichen Beschäftigungsverhältnis unterschieden werden.

Die PVA kann somit im Einklang mit der Aktenlage im Einzelfall prüfen, **ob überhaupt eine Wiederbegutachtung erforderlich ist.**

## **2.7. Waisenpension**

**Anspruch auf Waisenpension besteht, wenn Kindeseigenschaft vorliegt.**

Kindeseigenschaft (gemäß § 252 ASVG) liegt jedenfalls bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres vor. Darüber hinaus bis längstens zur Vollendung des 27. Lebensjahres, wenn die Arbeitskraft durch eine Schul- oder Berufsausbildung bzw. eine Freiwilligentätigkeit überwiegend beansprucht wird oder **unbefristet**,

---

**wenn während des Bestehens der Kindeseigenschaft Erwerbsunfähigkeit eintritt.**

**Erwerbsunfähigkeit liegt vor**, wenn die betroffene Person wegen des nicht nur vorübergehenden Zustandes der körperlichen und geistigen Kräfte und nicht etwa nur wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit nicht imstande ist, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bzw. als Selbständige/r einen nennenswerten Erwerb zu erzielen.

Sofern bei der Zuerkennung bzw. Weitergewährung einer Waisenpension auf Grund einer vorliegenden Erwerbsunfähigkeit festgestellt wird, dass eine Wiederbegutachtung erforderlich ist, wird dies im Bescheid angeführt.

Eine originär erwerbsunfähige Person kann neben einem laufenden Bezug einer Waisenpension auch einen eigenen Pensionsanspruch (gemäß § 255 Abs. 7 ASVG) erwerben.

## **2.8. Vorgangsweise Arbeitsversuch und Waisenpensionsbezug**

Liegt bereits eine durch ein medizinisches Gutachten seitens der PVA festgestellte **Erwerbsunfähigkeit** vor, hat die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bei unverändertem Gesundheitszustand grundsätzlich keine Auswirkungen auf den bestehenden Anspruch einer Waisenpension (bzw. einen Kinderzuschuss). In diesen Fällen ist kein Wiederbegutachtungstermin bzw. keine sonstige Kontrolluntersuchung erforderlich.

Es ist jedoch empfehlenswert, wenn die betroffene Person vor Aufnahme eines geplanten Arbeitsversuchs bzw. eines Beschäftigungsverhältnisses mit der PVA abklärt, ob weiterhin **Erwerbsunfähigkeit** bei ihr vorliegt.

Diese Fälle sollten bzw. können daher bereits **im Vorhinein** unter Angabe der Versicherungsnummer und soweit vorhanden mit aktuellen medizinischen Befunden an die jeweils zuständige Leistungsabteilung zur weiteren Veranlassung herangetragen werden.



**Beachte:** Sollte die versicherte Person bspw. ein Einkommen über der 1 ½-fachen Höhe des geltenden Ausgleichszulagen-Einzelrichtsatzes (€ 1.217,96; Wert 2024) erlangen, behält sich die PVA vor, allenfalls eine persönliche Abklärung (Wiederbegutachtung) vorzunehmen.

## **2.9. Ansprechpartner für Problemfälle**

Ombudsmann der PVA

Hr. Bernhard HAJEK

1021 Wien, Friedrich-Hillegeist-Straße 1

Tel. 050303 22200

E-Mail: [ombudsstelle@pv.at](mailto:ombudsstelle@pv.at)

### 3. FAMILIENBEIHILFE

#### 3.1. Allgemeines zur Familienbeihilfe

Einen Anspruch auf Familienbeihilfe haben Eltern, deren Lebensmittelpunkt sich in Österreich befindet und deren Kind (auch Adoptiv-, Pflege-, Stief- und Enkelkind) mit ihnen zusammen in einem Haushalt lebt.

Grundsätzlich kann die Familienbeihilfe bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes bezogen werden.

Darüber hinaus kann die Familienbeihilfe in den im Familienlastenausgleichsgesetz 1967 taxativ aufgezählten Fällen, auch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt werden.

#### **Antragstellung:**

Die Familienbeihilfe kann jederzeit beantragt werden. Rückwirkend wird sie für fünf Jahre ab dem Monat der Antragstellung gewährt.

Der Grundbetrag an Familienbeihilfe ist mit dem Antragsformular Beihilfe 1 oder über Finanz Online; der Antrag auf Direktzahlung für volljährige Kinder mit dem Formular Beihilfe 20, der Erhöhungsbetrag mit dem Formular Beihilfe 3 zu beantragen.

Diesbezüglich weiterführender Link:

<https://service.bmf.gv.at/service/anwend/formulare>

#### 3.2. Allgemeines zur erhöhten Familienbeihilfe

Der Erhöhungszuschlag zur Familienbeihilfe kann nur im Zusammenhang mit dem Anspruch auf den Grundbetrag auf Familienbeihilfe gewährt werden.

Eine erhebliche Behinderung des Kindes im Sinne des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 liegt vor,

- wenn das Kind an einer nicht nur vorübergehenden (=voraussichtlich mehr als sechs Monate dauernden; BGBl I Nr. 226/2022) gesundheitlichen Beeinträchtigung leidet und der Grad der Behinderung mindestens 50 vH. beträgt,
- das Kind voraussichtlich dauernd außerstande ist, sich selbst den Unterhalt zu verschaffen.

Die Erwerbsunfähigkeit muss entweder vor Vollendung des 21. Lebensjahres oder bis zum 25. Lebensjahr bei Vorliegen einer Berufsausbildung eingetreten sein. Nur in diesen Fällen kann die Familienbeihilfe ohne zeitliche Begrenzung gewährt werden.

Besteht eine 50%ige Behinderung wird die erhöhte Familienbeihilfe – wenn sich am Ausmaß der Behinderung nichts ändert – so lange gewährt, als die allgemeine Familienbeihilfe zusteht.

Ist das Kind also bereits volljährig, müssen die Voraussetzungen für die Gewährung der Familienbeihilfe für volljährige Kinder (z.B. die Notwendigkeit einer Berufsausbildung etc.) erfüllt sein; die Gewährung der Familienbeihilfe ist in diesem Fall bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres möglich.

### **Zum Verfahren bei der erhöhten Familienbeihilfe:**

Der Grad der Behinderung bzw. die voraussichtlich dauernde Erwerbsunfähigkeit ist durch eine Bescheinigung des Sozialministeriumservice auf Grund eines ärztlichen Sachverständigengutachtens nachzuweisen. Die daraus entstehenden Kosten trägt der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Für den Nachweis der Behinderung erfolgt nach Antragstellung beim Finanzamt eine Einladung zu einer Untersuchung bei einem sachverständigen Arzt im Sozialministeriumservice.

Um ein umfassendes Sachverständigengutachten erstellen zu können, ist es wichtig, bereits am Antragsformular Beih 3 alle Arten der Behinderung anzuführen.

Die Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung wird beauftragt und finanziert durch:



Befunde sollen erst bei der Begutachtung durch den ärztlichen Sachverständigen vorgelegt werden. Es ist jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht notwendig diese auch dem Finanzamt zu übermitteln.

Seit 1. März 2023 kam es zu einer Verwaltungsvereinfachung bei der Beantragung der erhöhten Familienbeihilfe für die Bezieher/innen in Österreich bis zum 18. Lebensjahr. Als Nachweis für den Erhalt der erhöhten Familienbeihilfe reichen ab diesem Zeitpunkt auch die Daten aus dem Behindertenpassverfahren aus und die Antragsteller/innen bzw. die Kinder ersparen sich die bisher nötige, gesonderte Begutachtung (Kundmachung im BGBl I Nr. 226/2022).

### **Zusätzliches zur erhöhten Familienbeihilfe:**

Bei erheblich behinderten Kindern, die sich einem Arbeitstraining zur Eingliederung ins Erwerbsleben unterziehen, ist auch dann vom Vorliegen einer Berufsausbildung auszugehen, wenn Kinder lediglich in gewissen Handfertigkeiten angelernt und keine berufstypischen Kenntnisse vermittelt werden.

### **3.3. Zuverdienstmöglichkeiten**

Zuverdienstmöglichkeiten gemäß § 5 Abs. (1) Familienlastenausgleichsgesetz 1967:

#### **Einschleifregelung:**

Diese Regelung gilt erstmals in Bezug auf das Kalenderjahr 2013. Das Einkommen eines Kindes ist bis zu jenem Kalenderjahr irrelevant, in dem es das 19. Lebensjahr vollendet.

Erzielt ein Kind ab dem Kalenderjahr in dem es das 20. Lebensjahr vollenden wird eigene Einkünfte, so darf das nach dem laufenden Tarif zu versteuernde Gesamteinkommen, den Betrag von € 16.455, gemäß der letzten Novelle 2024, BGBl. I Nr. 97/2024, nicht übersteigen.

**Einschleifspanne:**

Wird der Betrag von 16.455 Euro überschritten, ist nur mehr jener Betrag zurückzuzahlen, um den der Grenzbetrag (Überschreibungsbetrag) überschritten wird.

Rückforderung mit Einschleifspanne, wenn das ganze Jahr die Familienbeihilfe bezogen wurde für das KJ 2024:

	Einkommen:		Rückforderung:
Vollendetes 19. Lebensjahr und erheblich behindert	von 0	bis 16.455	Nein
Vollendetes 19. Lebensjahr und erheblich behindert	<b>von 16.456</b>	<b>bis 20.925</b>	Ja Überschreibungsbetrag ohne KAB
Vollendetes 19. Lebensjahr und erheblich behindert	über 20.925		Ja Volle FB mit vollem KAB

**Einschleifgrenze:**

Bei Überschreitung der Einschleifgrenze, muss die gesamte Familienbeihilfe und der gesamte Kinderabsetzbetrag rückerstattet werden.

**Ausgleichszulagen und Ergänzungszulagen:**

Mit Bundesgesetz BGBl. I Nr. 98/2020 wurde auch das FLAG 1967 novelliert. Dementsprechend bleiben Ausgleichszulagen und Ergänzungszulagen, die aufgrund sozialversicherungs- oder pensionsrechtlicher Vorschriften gewährt werden, nach §§ 5 Abs. 1 lit. d und 6 Abs. 3 lit. d FLAG 1967 bei der Ermittlung des Einkommens außer Betracht.

Diese Regelung ist bereits in Bezug auf das Kalenderjahr 2020 anzuwenden.

**3.4. Vorgangsweise Arbeitsversuch und Bezug der erhöhten Familienbeihilfe**

Erklärung zum Arbeitsversuch gemäß § 8 Abs. (6a) Familienlastenausgleichsgesetz 1967:

Bei einer Person wurde mittels Sachverständigengutachten eine voraussichtliche dauernde Erwerbsunfähigkeit (als Dauerzustand) festgestellt und es besteht ein Anspruch auf erhöhte Familienbeihilfe,

- diese Person unternimmt nun einen Arbeitsversuch,
- wenn in der Folge das Einkommen die im § 5 Abs. (1) normierten Einkommensgrenze übersteigt, besteht für dieses Kalenderjahr kein Anspruch auf die Familienbeihilfe,
- fällt das Einkommen in einem nachfolgenden Kalenderjahr wieder unter die genannte Grenze, kann der Anspruch auf erhöhte Familienbeihilfe wiederaufleben,
- die Partei muss einen neuen Antrag einreichen,
- wenn die ERWERBSUNFÄHIGKEIT gemäß § 2 Abs. (1) lit. c als Dauerzustand festgestellt wurde,
- ist kein weiteres Sachverständigengutachten erforderlich,
- heranziehen ist die Einkommensgrenze unter Berücksichtigung der Einschleifregelung im jeweiligen Jahr,
- es ist nicht maßgeblich, welche bzw. wo eine Beschäftigung ausgeübt wurde, ob die Überschreitung der Einkommensgrenze in unregelmäßigen Abständen erfolgt oder wie lange eine Beschäftigung ausgeübt wird, bei der die Einkommensgrenze überschritten wird.

### **3.5. Ansprechstelle für Problemfälle**

Rückfragemöglichkeit beim BKA Familienservice:

Tel.: 0800/240 262

E-Mail: [familienservice@bka.gv.at](mailto:familienservice@bka.gv.at)

## 4. LEISTUNGEN DES FSW

### 4.1. Tagesstruktur nach § 9 Chancengleichheitsgesetz Wien

Tagesstruktur nach § 9 Chancengleichheitsgesetz Wien umfasst Leistungen für Menschen mit Behinderung, die aktuell oder dauerhaft nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

**Anspruchsberechtigt** sind daher **nur Personen, bei denen eine unbefristete oder befristete Arbeitsunfähigkeit festgestellt wurde und auch eine Maßnahme der Berufsqualifizierung** (vgl. § 10 Chancengleichheitsgesetz Wien) **nicht in Betracht kommt.**

Auf **Förderungen für Tagesstruktur** besteht bei Vorliegen der im Chancengleichheitsgesetz Wien normierten Voraussetzungen ein **Rechtsanspruch**. Im Falle des Scheiterns eines Arbeitsversuches kann die Leistung Tagesstruktur erneut in Anspruch genommen werden, sofern der/die KundIn weiterhin als arbeitsunfähig eingestuft ist. Das **Recht auf Rückkehr auf einen bestimmten Platz**, welcher vor Ausscheiden aus der Tagesstruktur zwecks Arbeitsversuchs genutzt wurde, **besteht nicht.**

#### 4.1.1. (Geringfügige) Beschäftigung und Tagesstruktur

Kundinnen und Kunden der Tagesstruktur können in Ausnahmefällen und nur bei Begleitung durch den Integrationsfachdienst Jobwärts zur Erprobung eines Arbeitsplatzes eine **Tagesstruktur trotz eines gleichzeitigen (geringfügigen) Dienstverhältnisses für einen befristeten Zeitraum (maximal ein Jahr)** besuchen.

Hierfür ist **vor Beginn des Dienstverhältnisses eine Abklärung mit dem Fonds Soziales Wien (FSW)** erforderlich. Ein entsprechendes formloses Ansuchen ist an das Beratungszentrum Behindertenhilfe des FSW zu richten. Eine schriftliche Rückmeldung ergeht an die anfragende Stelle (Träger, Integrationsfachdienst Jobwärts).

Im Falle der Reduzierung der Anwesenheitstage in der Tagesstruktur ergeht ein Schreiben über die Stellung außer Kontingent an den zuständigen Träger.

Der Kostenbeitrag (= Eigenleistung) für die Tagesstruktur ändert sich dadurch nicht.

#### **4.1.2. Vollbetreutes Wohnen, (geringfügige) Beschäftigung und Tagesstruktur**

Wird neben der Tagesstruktur auch Vollbetreutes Wohnen nach § 12 Chancengleichheitsgesetz Wien in Anspruch genommen, werden zusätzlich 50% der Bemessungsgrundlage (= Einkünfte nach Abzug des zur Erzielung dieser Einkünfte notwendigen Aufwandes und nach Abzug von Zahlungen auf Grund gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen) aus der Erwerbstätigkeit als Kostenbeitrag eingehoben.



## 5. FORMULARE

**ACHTUNG:** Die folgenden Formulare sollen die Kommunikation erleichtern und den/die Antragstellenden unterstützen. Es ist allerdings **nicht zwingend verpflichtend**, diese zu verwenden!

Wichtig ist, **alle Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen sofort zu melden**, um welche **Art der Arbeitsaufnahme** es sich handelt (z.B. Vorlage des Dienstvertrags, Werkvertrags, etc.) und wie hoch das **Einkommen** ist.

### **(Wiener) Mindestsicherung**, Stand 2024

- Formular 1\_DL\_Träger
- Formular 2\_DL\_Betroffene
- Formular 3\_DL\_Änderungen

### **Pensionsversicherungsanstalt (PVA)**, Stand 2024

- Formular 4\_PVA\_Arbeitsversuch
- Formular 5\_PVA\_Firmenbestätigung

### **Finanzamt**, Stand 2024

- Formular 6\_EFB\_Abmeldung

---

Wien, \_\_\_\_\_

**Magistratsabteilung 40**

---

**Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderung  
(nur auszufüllen, wenn es eine Integrationsbegleitung gibt)**

Frau/Herr \_\_\_\_\_

geboren am \_\_\_\_\_

wohnhaf in \_\_\_\_\_

wird ab \_\_\_\_\_ bei der Firma/dem Amt/der Behörde

---

(probeweise) ein Dienstverhältnis aufnehmen.

Mit der Aufnahme der beruflichen Tätigkeit wird der Versuch unternommen, die beruflichen Integrationschancen der Klientin/des Klienten trotz behinderungsbedingter Leistungsminderung im Rahmen einer Arbeitsunterstützung zu fördern.

Ansprechperson in  
der Trägerorganisation:

Telefon:

.....  
Unterschrift der Trägerorganisation

Magistratsabteilung 40

---

**Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderung**  
**(Bei Antragstellung ohne Integrationsbegleitung und**  
**auch bei Antragsstellung mit Integrationsbegleitung)**

**Bekanntgabe der Aufnahme einer Beschäftigung:**

Frau/Herr \_\_\_\_\_

geboren am \_\_\_\_\_

wohnhaft in \_\_\_\_\_

Firma/Amt/Behörde \_\_\_\_\_

Beschäftigungsbeginn/Leistungsbeginn \_\_\_\_\_

Nettolohn/Beihilfe (mtl) \_\_\_\_\_

Anzahl der Wochenstunden \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

**Ich erkläre, dass ich dem zuständigen Sozialzentrum alle Veränderungen in meinen persönlichen Verhältnissen sofort melden werde.**

Veränderungen der vorgenannten Art sind vor allem **Änderungen im Familienstand (z.B. Verehelichung), der Einkommens- und Vermögensverhältnisse** (z.B. Arbeitsaufnahme, Änderung der Höhe des Nettoeinkommens, Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pension) sowie sonstige Änderungen, die auf den Anspruch der zuerkannten Geldleistung von Einfluss sein könnten, wie etwa **Eingehen einer Lebensgemeinschaft, Änderung der Personenanzahl im Haushalt, Änderung der Wohnadresse, Aufenthalte außerhalb Wiens, Auslandsaufenthalte, Spitals- und Kuraufenthalte, sonstige Anstaltsaufenthalte (z.B. Haft), etc.**

Wien, \_\_\_\_\_

.....  
Unterschrift der/des Antragstellerin/s

**Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderung**  
**(Bei Antragstellung ohne Integrationsbegleitung und**  
**auch bei Antragsstellung mit Integrationsbegleitung)**

Magistratsabteilung 40

-----

**Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderung**  
**(Begleitung durch den Integrationsfachdienst)**

**ÄNDERUNGSANZEIGE**

Frau/Herr \_\_\_\_\_

geboren am \_\_\_\_\_

wohnhaft in \_\_\_\_\_

Ich gebe hiermit folgende Änderung bekannt:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Wien, \_\_\_\_\_

.....  
Unterschrift Antragsteller\*in

**Formular 4\_PVA\_Arbeitsversuch**

Pensionsversicherungsanstalt  
Friedrich-Hillegeist-Straße 1  
1021 Wien

**Überprüfung der Auswirkung eines geplanten Arbeitsversuches auf den  
Bezug der Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension bzw. Waisenpension**

Versicherungsnummer: .....  
Frau/Herr: .....  
geb.: .....  
wohnhaft: .....

beabsichtigt ab: .....  
bei der Firma: .....

im Rahmen eines (von einer Trägerorganisation unterstützten) Arbeitsversuches ein  
Dienstverhältnis aufzunehmen.

Die PVA wird um Bekanntgabe ersucht, ob und für welchen Zeitraum dem geplanten  
Arbeitsversuch ohne Nachuntersuchung zugestimmt wird bzw. mit welcher  
Verminderung der Leistungshöhe auf Grund des gebührenden Erwerbseinkommens  
zu rechnen ist.

Die erforderliche Bestätigung des Dienstgebers liegt bei.

.....  
Unterschrift des Pensionsbeziehers  
bzw. des gesetzlichen Vertreters

.....  
Unterschrift der betreuenden Organisation

## BESTÄTIGUNG

Die Firma .....

bestätigt, dass

Frau/Herr .....

VSNR .....

ab .....

beabsichtigt, im Rahmen eines Arbeitsversuches ein Dienstverhältnis aufzunehmen:

**Ausmaß der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit und der Normalarbeitszeit lt. Kollektivvertrag:**

**Art und Umfang der Tätigkeit:**

**Höhe des mtl. Brutto- und Nettogehaltes:**

**Voraussichtliche Dauer des Dienstverhältnisses:**

- befristet bis
- unbefristet

**Betreuende Trägerorganisation:**

.....  
firmenmäßige Fertigung

**Vorlagebrief für das Finanzamt:**

Betreff: Familienbeihilfe – Abmeldung

Sehr geehrte/r Sachbearbeiter/in,

Herr/Frau ..... wird ab..... bei der Firma

.....  
probeweise ein Dienstverhältnis aufnehmen und wird dadurch (voraussichtlich)  
eigenes Einkommen über der beihilfenschädlichen Grenze beziehen.

Mit der Aufnahme der beruflichen Tätigkeit wird der Versuch unternommen, die  
beruflichen Integrationschancen des/der Herrn/Frau .....  
trotz behinderungsbedingter Leistungsminderung im Rahmen einer  
Arbeitsunterstützung zu fördern.

Mit dem zuständigen Familienministerium wurde folgende Vorgehensweise bei  
Arbeitsversuchen abgeklärt: Sollte der Arbeitsversuch scheitern und die angestrebte  
Integration nicht gelingen, wird ersucht, über den Antrag die Familienbeihilfe wieder  
zu gewähren.

-----  
Unterschrift Integrationsfachdienst

---